

MIT Kreisverband Darmstadt-Dieburg
Steubenplatz 12, 64293 Darmstadt

MIT Kreisverband Darmstadt-Dieburg
Kreisvorsitzender Ralph Pittich
Westring 4
64850 Schaafheim
eMail: ralph.pittich@gmx.de

Juni 2020

Die Landwirtschaft im Fokus

Gedanken und Lösungsansätze zur Nitratproblematik

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Darmstadt-Dieburg hat sich eingehend mit den Sorgen und Nöten der Landwirtschaft im Allgemeinen und im Besonderen mit den Nitratwerten im Grundwasser und den Messungen dazu auseinandergesetzt. Denn mehr und mehr steht die Landwirtschaft im Fokus des öffentlichen Interesses. Die Diskussion um die Art der Tierhaltung und Bewirtschaftung von Ackerflächen nimmt eine Form an, die dem allgemeinen Trend zu folgen scheint und immer mehr ohne Fakten, und ohne wirkliche Gespräche mit den Betroffenen, geführt wird. Landwirte werden beschimpft und pauschal unter Verdacht gestellt. Die Landwirtschaft wird quasi zum alleinigen Schuldigen an den erhöhten Nitratwerten im Grundwasser erklärt. Anhänger vegetarischer und veganer Ernährungsformen agieren oft rein ideologisch und feinden Tierhalter nicht nur an, sie verteufeln und bekämpfen sie. Durch die zunehmende Verschärfung von Gesetzen wird das Betreiben eines Hofes immer schwerer gemacht und "romantische" Vorstellungen über kleinere Betriebe lassen soziale Auswirkungen der Gesetzgebung und die Gefahr von Altersarmut außer Betracht. Planungssicherheit gibt es immer weniger, neue Auflagen müssen quasi von heute auf morgen umgesetzt werden. Hohe Investitionen können sich kleinere Betriebe kaum leisten und trotzdem soll für viele Bio, der „kleine“ Hof mit ein paar Tieren und etwas Acker, die Lösung sein.

Die Tatsache, dass Deutschland Nettoimporteur von Lebensmitteln ist, also die benötigten Lebensmittel für unsere Bevölkerung aus oft weit entferntem Ausland kommen, sollte uns zum Nachdenken bewegen. Rindfleisch, Obst und Gemüse kommen zu einem Großteil nicht mehr aus Deutschland. Eier z. B. nur noch zu 60 %. Der Rest, insbesondere verarbeitetes Ei für die Lebensmittelindustrie kommt aus Polen oder der Ukraine, wo man sich deutlich weniger Gedanken zu Hygiene und Tierhaltung macht. Gerade in diesen Tagen ist die Versorgungssicherheit angesichts zusammenbrechender internationaler Lieferketten schwer gefährdet. Aufgrund der deutlich geringeren Erträge wird „Bio“ nicht die alleinige Lösung sein können. Auch die konventionelle Landwirtschaft ist notwendig, um uns in Deutschland eine Grundversorgung unter angemessener Berücksichtigung des Tierwohls und auf höchstem technischem Niveau zu garantieren.

Es ist also nicht nur an der Zeit, den Landwirten unsere Unterstützung zuzusagen, es ist dringend auch ein Handeln erforderlich. Ein Handeln, das verlorengegangenes Vertrauen zwischen Landwirtschaft, Politik und auch Verbrauchern wieder aufbaut und stärkt. Wir sind auf die Arbeit unserer Landwirte angewiesen und müssen alles dafür tun, dass die Rahmenbedingungen verlässlich und gut sind, damit Höfe erhalten und die Produktion von Lebensmitteln zur Versorgungssicherheit in Deutschland, in unserer Region, stattfinden kann. Unsere Landwirte pflegen unsere Kulturlandschaft und sind sich ihrer Verantwortung

gegenüber ihren Tieren, ihrem Ackerboden und dem Grundwasser sehr bewusst und haben sicher kein Interesse, diese Betriebsgrundlagen zu schädigen.

Gerade im Bereich der Nitratbelastung fordern die Landwirte einen fairen Umgang und eine transparente Darstellung aller Eintragsquellen von Nitrat in das Grundwasser, auch der Öffentlichkeit gegenüber. Nicht nur das Düngen, auch geologische Gründe oder defekte Kanalsysteme der Kommunen können dazu beitragen, dass der Nitratgehalt im Grundwasser erhöht ist. Klar ist, dass sich in den letzten Jahrzehnten im Bereich des Düngens sehr viel getan hat und längst nicht mehr so viel gedüngt wird, wie noch Mitte des letzten Jahrhunderts. Zielgerichtet und mit viel Technik und Knowhow wird so seit Jahren Dünger gespart und trotzdem die Erträge gesteigert. Ökologie und Ökonomie sind auf einem modernen Landwirtschaftsbetrieb zwei Seiten der gleichen Münze. Sieht man aber, dass Messbrunnen in der direkten Nachbarschaft von Mülldeponien oder in Ortsrandlagen und gar nicht unter landwirtschaftlichen Flächen liegen, macht das nicht nur nachdenklich. In anderen EU-Ländern wird anders gemessen. Dort gibt es deutlich engmaschigere Messnetze mit wesentlich mehr Messbrunnen, weshalb sich die Frage aufdrängt, wie repräsentativ unsere Messungen wirklich sind. Wenn man dann noch den Zustand mancher Messbrunnen bezüglich Sauberkeit betrachtet und sieht, dass sie nicht mal abgeschlossen sind, ist klar, die Landwirte fühlen sich nicht fair behandelt. Ganz sicher steht die Landwirtschaft für ihren Teil an der Nitratbelastung ein, andere Faktoren müssen aber ebenso benannt, bearbeitet und gelöst werden. Es hilft nicht, nur einen Schuldigen, der vermeintlich leicht auszumachen ist, zu benennen und in die Pflicht zu nehmen. Messwerte von über 200 mg Nitrat können nicht plausibel und pauschal allein der Landwirtschaft zugeordnet werden, vor allem wenn sie in besonders dicht besiedelten Gebieten auftreten.

Wir setzen uns für ein faires Miteinander zwischen Landwirtschaft, Politik und Verbrauchern ein. Wir sind überzeugt, dass wissenschaftliche Methoden und wissenschaftlich ermittelte Daten dazu beitragen können. Im Land der DIN-Norm wären entsprechend normierte Messverfahren sicher hilfreich, Gleichbehandlung und Neutralität zu gewährleisten, deshalb schlagen wir **folgende Punkte zur schnellen Umsetzung** vor:

- Einrichten eines transparenten, einheitlichen und genormten Messverfahrens unter Einbeziehung modernster Technologie (z.B. über ionenselektive Sonden mit einem Messbereich von 0-1000 mg/l NO₃-N). Messtiefen in den Messbrunnen müssen zu den Grundwasserströmen und Eintragsquellen von Nitrat passen. Effekte durch Änderungen z.B. in der Bewirtschaftung von Ackerflächen oder der Reparatur von Kanalanlagen müssen zugeordnet werden können und messbar sein.
- Die Sauberkeit sowie Messsicherheit an den Messbrunnen, müssen durch das zuständige Regierungspräsidium gewährleistet und ggfs. durch häufigere Kontrollen umgesetzt werden. Die Messbrunnen müssen abschließbar sein (kein Zugang durch Dritte) und vor Verwitterung geschützt werden.
- Auch in Hessen muss die Möglichkeit, ein „Binnendifferenziertes Messverfahren“ einzuführen, genutzt werden. Die Anzahl der Brunnen sollte erhöht, die Grundwasserkörper den Nitrat-Eintragsquellen angepasst werden. Nitrateinträge durch geologische oder sonstige Gegebenheiten müssen identifiziert und in der Gesamtbewertung entsprechend berücksichtigt werden.

- Es muss eine Erfassung sämtlicher Eintragsquellen von Nitraten in das Grundwasser (z.B. geologische und bauliche) und eine transparente Darstellung der Grundwasserströme, der Eintragsquellen und der Messbrunnen geben.
- Die Förderung von Maßnahmen zum Gewässerschutz muss zielgerichteter sein und von allen Betrieben in Anspruch genommen werden können. Bestehende Förderrichtlinien aus dem Jahr 2014 müssen dringend aktualisiert werden. Als Beispiel können die Förderung und Rahmenbedingungen aus Bayern und NRW zu Rate gezogen werden.
- Abbau der enorm hohen Bürokratie.

Wir hoffen, dass die hessische Landesregierung unsere Vorschläge aufnimmt und gemeinsam mit den Landwirten und den Verantwortlichen für andere Nitrat-Eintragsquellen den Gewässerschutz vorantreibt. Sollte der Bund Zuständigkeiten haben, müssen Lösungen schnell gemeinsam erarbeitet werden. Gewässerschutz darf nicht durch unseren Föderalismus ausgebremst werden.

Unser Grundwasser ist ein existentielles Gut und kann nur in gemeinsamer Anstrengung geschützt werden. Fairer Umgang, wissenschaftliche Methoden und ideologiefreies Denken sind dabei oberstes Gebot. Die Landwirte wollen ihren Teil dazu beitragen.